

Soldaten im Auslandseinsatz: Wer unserem Land dient, verdient unsere Fürsorge

Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik unter der Leitung von **Dr. Friedbert Pflüger MdB**, vorgelegt von **Paul Breuer MdB**, Bundeswehrbeauftragter der CDU Deutschlands:

Nach Ende des Ost-West-Konflikts steht die Bundeswehr vor neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Seit 1989 ist nicht nur die Zahl militärischer Konflikte in Europa und in der Welt gestiegen. Durch die Anschläge in den USA ist zudem deutlich geworden, dass auch die terroristische Gefahr spürbar gewachsen ist. Konflikte, die ganze Regionen destabilisieren und enorme Flüchtlingsbewegungen zur Folge haben können, sowie internationaler Terrorismus können auch gravierende Auswirkungen auf die Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten haben.

Das vereinigte Deutschland muss einen seiner gewachsenen internationalen Verantwortung angemessenen Beitrag zur Sicherheit Europas leisten. Daraus ergeben sich neue Aufgaben für die Bundeswehr. Die Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen ist erfolgreich und international anerkannt. Die Bundeswehr wird sich künftig aus sicherheitspolitischen Gründen nicht allein auf Landes- und Bündnisverteidigung beschränken können. Mit ihrem Engagement im Ausland demonstriert die Bundeswehr deutsches Interesse an Stabilität und Frieden auch außerhalb des Bündnisgebietes.

Derzeit sind über 7.000 deutsche Soldaten an der Seite unserer Partner auf dem Balkan eingesetzt - vermutlich für lange Zeit. Weitere 3.900 Soldaten können gegen den internationalen Terrorismus eingesetzt werden. Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr (1994) waren bisher ca. 70.000 deutsche Soldaten an Auslandseinsätzen beteiligt. Dabei leisten sie einen gefährlichen, verantwortungsvollen Dienst. Von den Streitkräften wird viel gefordert, und die Soldaten sind bereit, sich diesen Anforderungen zu stellen. Für diesen Einsatz schulden wir ihnen nicht nur Anerkennung und Dank, sondern auch die Bereitschaft, die Rahmenbedingungen von Auslandseinsätzen so gut wie möglich zu gestalten.

Die Sozialgesetzgebung hat mit den neuen Herausforderungen nicht Schritt halten können. Sie ist tendenziell noch immer eine Gesetzgebung, die den neuen Risiken nicht hinreichend Rechnung trägt. Die versorgungsrechtliche Lage der Soldaten im Auslandseinsatz muss verbessert und die Lebensumstände der Soldaten und ihrer Familien im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr müssen so sozialverträglich wie möglich gestaltet werden.

Deshalb fordert die CDU Deutschlands:

- Die von der rot-grünen Bundesregierung beschlossene Verlängerung der Einsatzdauer im Ausland von 4 auf 6 Monate kann nicht die Dauerlösung sein. Die Soldaten empfinden den 6-monatigen Einsatz als große psychische und physische Belastung. Die familiären Beziehungen werden durch die verlängerte Einsatzdauer überproportional strapaziert, immer mehr Partnerschaften scheitern. Die Konzentration im Einsatz selbst lässt nach.
- Nach jedem Auslandseinsatz sollte eine 2-jährige Regenerationsphase in der Heimat sichergestellt sein.
- Die soziale Absicherung der Soldaten im Auslandseinsatz muss verbessert und Lücken in den versorgungsrechtlichen Bestimmungen für Zeitsoldaten und freiwillig längerdienende Wehrpflichtige geschlossen werden. Wer im Einsatz Verletzungen mit dauerhaften Folgeschäden erleidet und deshalb in der

zivilen Berufswelt keinen Tritt fassen kann, muss unterstützt werden. Dazu zählen Eingliederung ins Berufsleben, langfristige Unterstützung bei Rehabilitation und Verwendungen dieser Soldaten in der Bundeswehrverwaltung und im öffentlichen Dienst. Wer im Einsatz für Deutschland seine körperliche Unversehrtheit einbüßt, darf nicht zum Sozialfall werden. Auch ist Vorsorge zu treffen, dass Angehörige von gefallen Soldaten finanziell abgesichert sind.

- Soldaten, die vor dem Einsatz mit 88,5% (Tarif Ost) besoldet wurden, erhalten nur während des Auslandseinsatzes 100%. Nach ihrer Rückkehr erhalten sie aber wieder den abgesenkten Tarif. Diese Regelung ist kaum vermittelbar und sollte auslaufen. Deshalb sollte bis 2007 die Angleichung der Besoldungstarife erfolgen.
- Wer in gefährlichen Missionen eingesetzt wird, hat ein Recht auf bestmögliche materielle Ausrüstung. Dazu zählen moderne Waffensysteme, angemessene Kleidung und persönliche Ausrüstung. Um eine auftragsgerechte Ausstattung zu gewährleisten, müssen der Bundeswehr dauerhaft ausreichende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Die derzeitige Unterfinanzierung der Bundeswehr gefährdet nicht nur das Vertrauen unserer Verbündeten in die Verlässlichkeit deutscher Sicherheitspolitik, sondern nicht zuletzt deutsche Soldaten im Auslandseinsatz. Deshalb fordert die CDU, den Verteidigungsetat so bald wie möglich auf 26 Milliarden Euro anzuheben.
- Darüber hinaus ist für eine umfassende soziale und psychologische Betreuung der Soldaten und ihrer Familien vor, während und nach einem Einsatz Sorge zu tragen. Bereits bestehende Programme sind weiter zu optimieren.
- Während des Einsatzes sind kostengünstige Kommunikationsmöglichkeiten (Post, Fax, e-Mail, Telefon) zwischen den Soldaten und ihren Familien bereitzustellen, um die Belastungen der Trennung zu mildern. Dies muss, soweit möglich, auch für Soldaten gelten, die im Ausland in kleineren Einheiten abseits der Hauptkontingente stationiert sind.
- Eine erstklassige sanitätsdienstliche Versorgung im Einsatz muss auch künftig die Regel sein.
- Die Bundeswehr benötigt genügend Personal, um Einsätze über einen längeren Zeitraum hinweg durchhalten zu können. Man kann der Bundeswehr nicht immer mehr neue Aufgaben aufbürden und zugleich die Mittel und Kräfte stetig beschneiden. Deshalb ein klares "Nein" zu der von Verteidigungsminister Scharping geplanten Verringerung der Bundeswehr um über 100.000 Soldaten und Zivilbedienstete. Der sicherheitspolitischen Verantwortung Deutschlands angemessen und darüber hinaus auch sicherheitspolitisch geboten sind mindestens 300.000 Soldaten, darunter 100.000 Wehrpflichtige.